STADT BAMBERG

Sitzungsvorlage	**Vorlage- Nr:**	**VO/2013/0648-20**
Federführend: 20 Kämmereiamt	Status:	öffentlich
	Aktenzeichen:	
Beteiligt: 11 Personalamt	Datum:	20.11.2013
	Referent:	Bertram Felix
	Amtsleiter:	Peter Distler
	Sachbearbeiter:	Nicole Werlich

Verwaltungshaushalt 2013 der Stadt Bamberg; Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für Personalausgaben

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.12.2013	Finanzsenat	Empfehlung
11.12.2013	Stadtrat der Stadt Bamberg	Entscheidung

I. Sitzungsvortrag:

Bereits mit dem Zwischenbericht im September sowie bei der Übergabe des Haushaltes 2014 am 20.11.2013 hat die Verwaltung darüber informiert, dass die für 2013 bereitgestellten Haushaltsmittel voraussichtlich nicht ausreichen. Aktuelle Hochrechnungen des Personalamtes zeigen einen Mehrbedarf von ca. 3,0 Mio. €. Zu den Hintergründen der Mehrung wird auf den Workshop zu den Personalkosten am 29.11.2013 mit den Sprechern des Personal- und Finanzsenates verwiesen.

Zur Deckung muss auf die zu erwartenden Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückgegriffen werden. Daneben stehen Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage als Deckung zur Verfügung.

II. Beschlussvorschlag

Der Finanzsenat empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

1. Auf Antrag des Personal- und Organisationsamtes werden überplanmäßig bereitgestellt:

HSt.	namentliche Bezeichnung	Mehrung	neuer Ansatz
02200.41000	Beamtenbezüge	3.000.000 €	3.636.480 €

2. Deckung erfolgt durch Mehreinahmen bzw. Minderausgaben bei

HSt.	namentliche Bezeichnung	Mehrung	neuer Ansatz
90000.01000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.700.000 €	29.600.000 €

HSt.	namentliche Bezeichnung	Minderung	neuer Ansatz
90000.81000	Gewerbesteuerumlage	1.300.000 €	5.065.000 €

3. Mittelfreigabe

HSt.	Freibetrag	Prozent
02200.41000	3.636.480 €	100

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussvorschlag verursacht

	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr gegeben ist
X	**3.**	Kosten in Höhe von **3.000.000 €,** für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Mangels Alternativen wird vorgeschlagen, zu erwartende Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Anspruch zu nehmen.
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Verteiler:

Amt 11 zur Kenntnis und zum Verbleib;

Amt 20 Beschlüsse;

Amt 20 zur Haushaltsakte 2013;

Amt 20/200 zum haushaltsrechtlichen Vollzug.

Referat 2 _____
(Bertram Felix)

Amt 20/200 _____
(Peter Distler)

Amt 20/200 _____
(Thomas Friedrich)

Amt 20/200 _____
(Nicole Werlich)